

Grossrat

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Bündner Schulblatt = Bollettino scolastico grigione = Fegl
scolastic grischun**

Band (Jahr): **55 (1995-1996)**

Heft 3: **(Selbst-) Achtung? Achtung!**

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Religionsunterricht im Notstand?

Verhaltensprobleme vieler Kinder – ein bekanntes Thema. Laut Jahresbericht 1994 des Schulpsychologischen Dienstes sind «bei den angemeldeten Kindern Verhaltensprobleme deutlich auf die veränderten Bedingungen in ihrer Lebenswelt zurückzuführen.

So wird der Einfluss der Medien auf das Leben und Lernen der Kinder immer klarer in seinen meist negativen Auswirkungen aufzeigbar. Gleichzeitig kann festgestellt werden, dass die Bereitschaft vieler Eltern zur erzieherischen Auseinandersetzung mit ihren Kindern abnimmt ...»

Diese Erklärung reicht fast der Hälfte unserer Grossrätinnen und Grossräte nicht. Sie sind viel mehr der Auffassung, dass die negativen Aussagen dieses Berichtes auch auf die mangelnde Bereitschaft einer zunehmenden Anzahl von Eltern zurückzuführen sei, die religiöse Erziehung ernstzunehmen. «Hinzu kommen oft Kinder nichtchristlicher Bekenntnisse, die von zu Hause aus ihren Glauben nicht praktizieren. Sie besuchen weder den Religionsunterricht unserer Landeskirchen noch eine Unterweisung ihrer angestammten religiösen Kultur. So nimmt die Zahl jener Kinder stetig zu, die von keiner Kultur

getragen sind», schreiben die Grossrätinnen und Grossräte in einer Interpellation, die sie anlässlich der Oktobersession eingereicht haben. Sie fürchten eine Qualitätsminderung des Religionsunterrichtes durch Minder-einnahmen der Landeskirchen, welche durch die steuerliche Entlastung juristischer Personen entsteht.

In der erwähnten Interpellation fragen sie die Regierung u.a. an, ob

– die Regierung auch der Auffassung sei, dass allen Volksschülerinnen und Volksschülern eine ethische Bildung geboten werden müsse;

– ob die Regierung bereit sei, die Landeskirchen ideell und finanziell zu unterstützen, damit die Glaubensunterweisung an der Volksschule auch in diesem schwierig gewordenen Umfeld sichergestellt und der neuen Situation angepasst werden könne.

Unterschrieben von: Müller (Chur), Mazenauer, Schaad, Alig, Ambühl, Arquint, Augustin, Bardill, Baselgia, Rigghetti, Biancotti, Brunner, Bucher, Buchli (Zernez), Butzerin, Cabalzar, Camartin, Capaul (Lumbrein), Casparis, Cathomas, Clement, Costa, Durisch, Engler, Albrecht, Gartmann, Geisseler, Hofmann, Jäger, Jeker, Keller, Klucker, Koch, Lardi (Chur), Lardi (Poschiavo), Lemm, Luzi, Maissen (Rabius), Maissen (Schluëin), Meisser, Monn, Müller (Landquart), Palmy, Peretti, Pitsch, Rogenmoser, Schlatter, Steier, Thöny, Trachsel, Tremp, Valsecchi, Wenger, Widmer, Zarn

Die Privatisierung hoch, es lebe der Staat

Die «Wende» der DDR liegt wenige Jahre zurück. Die Privatisierung in den ehemaligen Ostblockländern geht in grossen Schritten voran. Bei uns hat die Privatwirtschaft Tradition. Dies soll gut sein – oder mindestens

Philipp Irniger, Lünen

nicht wegzudenken. Wir sind uns gewohnt, die Vorteile zu nutzen und mit den Nachteilen zu leben.

Wie steht es ums Bildungswesen? Ich bin, hoffentlich mit Ihnen, stolz auf unser öffentliches Bildungswesen. Diesmal mit Betonung auf «öffentlich». Gleiche Startbedingungen für alle, egal wie dick der Geldbeutel der Eltern ist. Verschiedene Schweizer Parteien beabsichtigen die Privatisierung des Bildungswesens. In Dialekt würde man sagen: «Goot's no?» Sollten wir diesen Politikerinnen und Politikern zum Studium des Schulwesens ein Reisli in ein südamerikanisches Land bezahlen? Leider wäre dieses schwierig zu finanzieren, da kein wirtschaftliches, sondern «nur» ein ideologisches Interesse besteht. Staatsschulen nur noch für jene, die keine bessere vermögen? Oder welches Heilmittel würden Sie empfehlen?

Wie kann ein vernünftiger denkender Mensch des ausgehenden zwanzigsten Jahrhunderts finanzkraftabhängige Ausbildung befürworten?

Gute Schulbildung für alle, nicht nur für die Kinder solventer Eltern, ist doch eine Grundlage unserer Gesellschaft und trägt entscheidend an die Stabilität und Ausgeglichenheit unserer Sozialstruktur bei. Nicht zuletzt ist Bildung unser einziger Rohstoff. Lassen wir die Brunnenvergifter nicht zum Brunnen.

**AUF EIN BE-
WEGTES LEBEN.
IHR HERZ!**

Machen Sie mit beim IMPULS-Bewegungsprogramm. Gratis-Broschüre unter Tel. 157 33 13 (Fr. 1.49/Min., Tel. gültig bis 31.12.95) oder bei der Schweizerischen Herzstiftung, Postfach 176, 3000 Bern 15.